

Naturschutzpark Manu in Peru



Wenn Naturschutz Indigenenrechte bedroht



Foto: ©Thomas J. Müllery/El Taller.pe

Die Indigenen im peruanischen Manu-Park schützen den Amazonas seit Jahrhunderten. Nun möchten sie die Verantwortung für den Park gemeinsam mit der Regierung tragen.

Gemeinsam mit ihrer peruanischen Partnerorganisation FENAMAD machte die GfbV diesen Sommer bei der UNO in Genf auf die Menschenrechtsprobleme aufmerksam, die den Indigenen im Naturschutzpark Manu in der Amazonas-Region Madre de Dios das Leben erschweren.

Mitte Juli verwandelte sich der Palais des Nations in einen ungewohnt farbenfrohen Ort: Hunderte Vertreter von indigenen Völkern aus aller Welt fanden sich in Genf ein anlässlich des Expertenmechanismus für Indigenenrechte (EMRIP). Auch die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) war vertreten, zusammen mit ihrer peruanischen Partnerorganisation FENAMAD (Federación Nativa del Río Madre de Dios y Afluentes) aus der südöstlichen Region Madre de Dios inmitten des Amazonas.

Im Herzen dieser Region liegt der weltbekannte Nationalpark Manú. Der 1973 gegründete Parque Nacional del Manú wird als einer der Orte mit der höchsten Biodiversität der Welt betrachtet und wurde 1987 zum UNESCO-Weltnaturerbe erklärt. Der Zugang zum Park ist streng eingeschränkt und überwacht. Dies bietet Schutz vor Wilderern, Rodung, Rohstoffförderung und Umweltverschmutzung und leistet einen

wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Biodiversität. Die strikten Regeln erschweren jedoch die Lebensbedingungen und die Entwicklung jener indigenen Völker, die das Gebiet ihr Zuhause nennen und von der Subsistenzwirtschaft leben.

Delegation aus Peru in Genf

«Seit Jahrhunderten bewohnen und schützen wir den Amazonas», sagte Julio Cusurichi, Präsident der Indigenen-Organisation FENAMAD, an einem Side Event während des EMRIP in Genf. «Wir sind nicht gegen Umweltschutz – aber wir möchten die Verantwortung für den Manu-Park gemeinsam mit der Regierung tragen.» Denn bei der Gründung des Parks wurden die vier Matsigenka-Gemeinden nicht einbezogen und deren Bedürfnisse kaum berücksichtigt – mit negativen Folgen für die rund Tausend Einwohnerinnen und Einwohner des Parks. «Bei der Jagd dürfen wir nur traditionelle Methoden wie Pfeil und Bogen verwenden und können uns nicht weiterentwickeln», kritisierte Mauro Metaki, Präsident einer der Gemeinden im Parkinnern, vor interessierten Uno-Fachleuten. «Weil uns der Handel ausserhalb des Parks verwehrt ist, haben wir ein ernsthaftes Ernährungsproblem.» Metaki, dessen Gemeinde nur in dreitä-

giger Bootsreise erreicht werden kann, verwies auch auf die prekäre Gesundheitsversorgung sowie auf das fehlende Recht auf Bildung: Diese ist durch eine Vereinbarung zwischen Kirche und Staat geregelt und beinhaltet die Evangelisierung der Indigenen.

Gespräche mit WWF und IUCN

Die Bewohner des Parks fühlen sich hintergangen von der lokalen Regierung und der Parkadministration und fordern die Einhaltung der ILO-Konvention 169, die den Einbezug, die Mitbestimmung und das Einverständnis der betroffenen indigenen Bevölkerung bei Wirtschafts- und Umweltschutzprojekten vorschreibt. Bei Treffen mit den Umweltschutzorganisationen IUCN (International Union for Conservation of Nature) und WWF, mit Vertretern der peruanischen Mission an der Uno und mehreren Sonderbeauftragten, hatte die peruanische Delegation mit Unterstützung der GfbV Gelegenheit, auf die Missstände aufmerksam zu machen. Dabei stiessen sie auf offene Ohren und konnten wertvolle Kontakte knüpfen.

Für Julio Cusurichi und Mauro Metaki ist nach der Woche in Genf klar: Der Dialog zwischen den zuständigen staatlichen

Stellen und den lokalen Gemeinschaften muss gefördert und es muss gemeinsam nach Lösungen gesucht werden. Es braucht Schulen, welche die kulturelle Identität der Indigenen respektieren, und die Gesundheitsversorgung muss verbessert werden.

Der Manu-Park ist kein Einzelfall

Beim Nationalpark Manú handelt es sich nicht um einen Einzelfall: Die Uno-Sonderbeauftragte für Indigenenrechte, Victoria Tauli-Corpuz, stellte in einem Bericht letztes Jahr fest, dass Missachtung von Indigenenrechten aus Umweltschutzgründen ein globales Phänomen ist. Jedoch ist angesichts der akuten Bedrohung durch Bergbauprojekte, Staudämme, illegaler Abholzung und Drogenhandel eine starke Allianz zwischen Indigenen und Umweltschutzvertretern die einzige Lösung, um den Amazonas und wertvolle menschliche Lebensräume vor solchen Eingriffen zu schützen. Der Umweltschutz muss dabei auf den Bedürfnissen und Rechten der Indigenen basieren.

Text: Tabea Willi, Praktikantin und Julia Büsser, Kampagnenleiterin Wirtschaft und Indigenenrechte

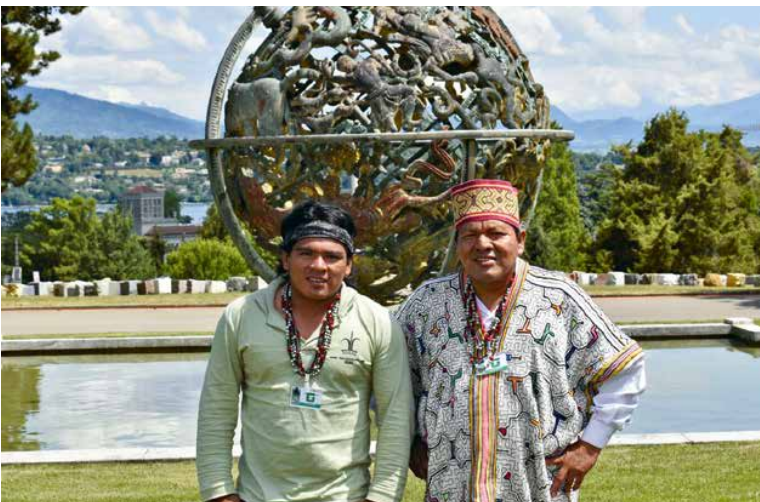


Foto: ©Yanessa Salamanca, GfbV

Die beiden peruanischen Delegierten Mauro Metaki (links) und Julio Cusurichi (rechts) vor dem Palais des Nations in Genf.



UNO-EXPERTENMECHANISMUS FÜR INDIGENENRECHTE (EMRIP)

Der «Expert Mechanism on the Right of Indigenous Peoples» (EMRIP) ist an den Uno-Menschenrechtsrat angegliedert. Er unterstützt Staaten bei der Umsetzung der Uno-Deklaration über die Rechte der indigenen Völker. Der Expertenmechanismus besteht aus sieben unabhängigen Experten für Indigenenrechte. Während den jährlichen Sessions kommen Staatsvertretungen, Indigene, Indigenenorganisationen, Vertreter der Zivilgesellschaft und andere Akteure zusammen.



Mitrovica / Kosovo: UNO-Generalsekretär verweigert moralische Verantwortung gegenüber bleivergifteten Roma

Im April 2016 erklärte ein interner Menschenrechtsausschuss die internationale Verwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) verantwortlich für den unzureichenden Schutz und die fahrlässige Behandlung von Angehörigen der Roma, Aschkali und Balkan-Ägyptern während ihres Aufenthaltes im Flüchtlingslager für Binnenvertriebene in Nord-Mitrovica. Nach gewaltsamer Vertreibung aus Süd-Mitrovica 1999 waren rund 600 Betroffene im provisorischen Lager auf einem bleiverseuchten Boden untergekommen. Die UNMIK wurde nach dieser Stellungnahme um eine öffentliche Entschuldigung gebeten. Darüber hinaus wurde empfohlen, den 138 Roma, Aschkali und Ägyptern, die geklagt hatten, materielle und moralische Entschädigung zukommen zu lassen.

Kritisierter Uno-Entscheid

Statt dieser Empfehlung zu folgen, entschied Uno-Generalsekretär António Guterres nun diesen Mai, einen Hilfsfonds zu gründen, um die Roma aus Mitrovica wirtschaftlich und medizinisch zu unterstützen. Dieser Entscheid verstösst gegen die Uno-Grundsatzerklärung für die Opfer von Straftaten und Machtmissbrauch, da er weder eine ausreichende Entschädigung für die Betroffenen noch eine öffentliche Entschuldigung beinhaltet. Dieser Rückzieher vermittelt zusätzlich den Eindruck, dass Roma sogar innerhalb der Uno struktureller Diskriminierung ausgesetzt sind. Die GfbV hat zusammen mit Diane Post, der Anwältin der betroffenen Roma sowie Bashkim Ibishi, dem Vertreter der Roma-Zivilgesellschaft und dem European Roma Rights Centre bei Generalsekretär Guterres protestiert und ein Treffen verlangt. Die Antwort ist ausstehend.

Text: Angela Mattli, Kampagnenleiterin Minderheiten und Diskriminierung